

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie

vom: 27.04.2022
von: 17:04 Uhr
bis: 17:53 Uhr
Ort: Weißtalhalle, Blumertsfeld 2,
57074 Siegen, Großer Saal

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie:

Stv Boller, Joachim	
Stv Becker, Melanie	
AM Bornhütter, Nils	
Stv Christian, Thomas	
AM Dinter, Oliver	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	vertritt Grimm, Benjamin
AM Kammann, Jacob	
AM Klaas, Henner	
Stv Krumm, Heike	
AM Michel, Bärbel	
Stv Schiltz, Ingmar	vertritt Hof, Felix
AM Schneider, Walter	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Dr. Zybill, Christian	

Beratende Mitglieder:

AM Plümer, Barbara	vertritt Katz, Heike
AM Semper, Manfred	
AM Zapletal, Martin	

Von der Verwaltung:

StBR Schumann
Städt. VD Werthenbach
VA Meyer
VA Krippendorf
VA Schneider, P.
VA Daschke
VA Heide
VA Daub
VA Meier, L. als Schriftführerin AfUKE
VA Mockenhaupt als Schriftführerin BauA

Nicht anwesend waren:

Stv Grimm, Benjamin vertreten durch Stv Hähner, André
Stv Hof, Felix vertreten durch Stv Schiltz, Ingmar
Stv Six, Annette
AM Bauch, Dr. Wolfgang
AM Häger, Stephan
AM Katz, Heike vertreten durch AM Plümer, Barbara
IntRM Tahmaz, Hanan
AM Weiskirch, Jürgen
AM Wiegel, Roland

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen als Klimaschutzmaßnahme
- Abschlussbericht der Potenzialflächenanalyse**

Vorlage Nr. VL 865/2022

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie der Universitätsstadt Siegen beraten.

Herr Schumann erläutert als Ergänzung zu der Vorlage, dass PV-Freiflächenanlagen nach Gesetzeslage im Gegensatz zu Windkraft-Vorrangzonen im Außenbereich nicht privilegiert seien. Die erarbeitete Vorlage sei daher informeller Natur und entfalte – anders als der Flächennutzungsplan für Windkraftanlagen – keine Außenwirkung. Sofern die Eigentümer der jeweiligen Fläche der Meinung seien, der Bau einer PV-Freiflächenanlage sei der richtige Schritt, seien daher regelmäßig Bauleitplanverfahren notwendig.

Herr Christian bedankt sich für die ausführliche Ausarbeitung und ist der Meinung, das Potenzial und der Handlungsdruck seien vorhanden.

Auch Herr Boller hält die Vorlage, die aus einem Antrag von Fridays for Future hervorgegangen sei, für eine gute Grundlage. Er fragt sich, wie mit der Situation umgegangen werden solle, dass so gut wie alle Parkplatzflächen in der Vorlage – vermutlich, weil es sich formal um keine Freiflächen handle – als ungeeignet gekennzeichnet seien. Enttäuscht zeigt er sich über die noch fehlenden Angaben zu Netzanschlüssen. Er möchte wissen, welche Fläche für das in der Vorlage beschriebene Pilotprojekt ausgesucht werde.

Für Deponien wünscht er sich, dass mit mehr Druck vorgegangen werden solle. Vorstellen könne man sich hier beispielsweise die Änderung der Betriebspläne auf der Fludersbach. Zuletzt geht er auf zwei konkrete Gewerbeflächen im Umkreis des Bahnhofs Eiserfelds ein. Da es andere städtebauliche Vorstellungen und Beschlüsse diese Flächen betreffend gebe, sollten diese nicht weiter als Potenzialflächen für PV-Freiflächenanlagen eingestuft werden. Er beantragt, dass die Flächen 1005-1 und 1010-1 als ungeeignet eingestuft und die Planungen von PV-Freiflächenanlagen an dieser Stelle von der Verwaltung nicht weiterverfolgt werden sollen.

Herr Reifenrath stellt dar, dass auch die CDU-Fraktion die Vorlage begrüße. Er möchte wissen, ob der Zeitraum des Verfahrens ab der Entscheidung bis zur Umsetzung abschätzbar sei.

Herr Semper fragt nach Möglichkeiten der Verwaltung, Privatpersonen oder Firmen dazu zu veranlassen, ihre Privatflächen - insbesondere Parkplätze - mit PV-Anlagen zu überbauen. Auch nach der Möglichkeit, die Eigentümer direkt beim Neubau von Parkplätzen zur dortigen Errichtung von PV-Anlagen zu verpflichten, erkundigt er sich. Bezüglich der Abstandsgebote zu Waldgebieten solle eine vertragliche Regelung mit den Waldeigentümern zwingend abgeschlossen werden, um Schadensersatzforderungen auszuschließen.

Zur Wortmeldung von Herrn Boller hält es Herr Christian für nicht sinnvoll, bereits in diesem Stadium einzelne Flächen auszuschließen.

Herr Schulz möchte wissen, wieso die Fläche 1000-0 nur bedingt geeignet sei, ob es für die Fläche 1002-0 (Wanderparkplatz) Ausweichmöglichkeiten und ob es seitens des Leitungsbetreibers bei der Fläche 1034-1 (Leitungstrasse) evtl. Einschränkungen gebe.

Herr Daschke geht auf die zuvor gestellten Fragen ein. Einschränkungen durch Leitungstrassen seien der Verwaltung nicht bekannt. Generell können sich bei der später stattfindenden Einzelfallprüfung auf konkrete Eignung noch Änderungen ergeben, sodass einzelne Flächen wieder herausfallen bzw. Flächen sich als besser geeignet, darstellen.

Zum Bahnhof Eiserfeld seien durchaus andere Planungen denkbar. Laut EEG-Kulisse sei diese Fläche grundsätzlich geeignet, natürlich könne die Stadt bzw. die Politik hier auch eine andere Nutzung favorisieren.

Das Bebauungsplanverfahren dauere genauso lange, wie jedes andere BP-Verfahren, sofern keine umfangreichen Gutachten erforderlich seien.

Herr Schumann ergänzt zum Thema Parkplätze, dass eine Novelle der Bauordnung regele, bei der Errichtung von Parkplätzen mit mehr als 35 Stellplätzen eine Photovoltaiknutzung auf dem Parkplatz vorzusehen sei. Diese Regelung sei jedoch relativ unspezifisch und sage beispielsweise nichts über die Größe der PV-Anlage oder Baumpflanzungen aus.

Herr Cziba steht der beantragten Anpassung des Beschlusses der Grünen-Fraktion positiv entgegen. Er möchte wissen, ob auf dem Erfahrungsfeld „Schön & Gut“ Photovoltaiknutzung möglich sei. Außerdem wundert er sich über den sonderbaren Zuschnitt der Flugplatzfläche Eisernhardt. Er äußert die Idee, die Felswand beim Ziegenberg – dort sei in der Vorlage kategorisch eine PV-Nutzung ausgeschlossen worden – mit Photovoltaik zu versehen.

Herr Dietrich äußert ebenfalls seine Zustimmung bezüglich der Anpassung des Beschlusses. Seine Fraktion sehe außerdem die Ausstattung von Schallschutzwänden beispielsweise an der HTS mit Photovoltaik, was in der Vorlage gänzlich ausgeklammert worden sei, als sehr erstrebenswert an.

Herr Daub antwortet auf die Frage nach der als erstes auszuwählenden Fläche. Hier müsse man sich noch abstimmen, es werde auch eine Machbarkeitsstudie geben und die Finanzierung geklärt werden. Der Zuschnitt der Fläche Eisernhardt hänge mit den einzuhaltenden 200 m Trassen zu den Autobahnflächen zusammen. Photovoltaikanlagen an Felswänden und Schallschutzwänden zu installieren, sei wirtschaftlich nicht sinnvoll darstellbar.

Zum Erfahrungsfeld „Schön und Gut“ könne man sich die Einrichtung einer PV-Freiflächenanlage theoretisch vorstellen, so Herr Daschke. Diese sei jedoch in der Potenzialflächenanalyse aufgrund der momentan geltenden Kriterien nicht aufgeführt.

Herr Schumann ergänzt, er werde die Anregung in den vor der Sommerpause stattfindenden Workshop zur weiteren Freiflächenentwicklung mitnehmen.

Herr Schilz stellt fest, der Beschlussvorschlag der Verwaltung habe zur Folge, dass nur die Flächen, die als „sehr gut“ oder „gut“ eingestuft werden, weiterbearbeitet werden sollen. Damit würden die Parkflächen – die alle als „ungeeignet“ eingestuft worden seien – nicht weiter behandelt. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern oder, dass die Verwaltung zu mindestens Kontakt mit den jeweiligen Eigentümern aufnehmen könne, um die Bereitschaft dort PV-Freiflächenanlagen zu errichten, abzufragen.

Herr W. Schneider betont die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Themas.

Herr Kammann stellt eine Frage zur Fläche 1014-1 und möchte wissen, ob diese als Wohnraum genutzt werden könne. Die Volt-Fraktion lege großen Wert auf die Nutzung bereits versiegelter Flächen und bittet um Aufklärung, inwieweit die Verwaltung hier Einfluss auf solche Privatflächen (z.B. Industrieflächen und –gebäude) nehmen könne. Abschließend fragt er, ob es für die Grünflächen und Weiden, welche jetzt als „gut geeignet“ eingestuft wurden, die Möglichkeit gebe, diese ökologisch aufzuwerten.

Herr Heupel regt an, sich Gedanken über eine Priorisierung der Flächen zu machen.

Frau Krippendorf erläutert, dass man bezüglich der Priorisierung nach dem 5-Punkte-Katalog vorgehen werde, in der Hoffnung, die Eigentümerinnen und Eigentümern zu sensibilisieren, ihre Flächen unter diesem Gesichtspunkt neu zu bewerten und ggf. Investoren zu finden. Als

Umkehrschluss würden dann die Bebauungsplanverfahren folgen, die durch die Stadt zu begleiten seien. Eine Evaluierung dieser Vorgehensweise könne ggf. in einem Jahr erfolgen.

Auf die Frage von Herr Kammann verweist Herr Daschke auf die Prioritätenliste des Wohnbaulandkonzeptes, welche nach und nach abgearbeitet werde.

Herr Groß fasst die in der Diskussion genannten Anregungen zusammen. Die folgenden Aspekte sollen in den Beschluss mit aufgenommen werden:

- Die Parkflächen sollen als mögliche Flächen mit einbezogen werden
- Die beiden Flächen in Umkreis des Eiserfelder Bahnhofs sollen herausgenommen werden

Herr Daub stellt dazu klar, dass es sich bei Photovoltaikanlagen auf Parkplätzen nicht um PV-Freiflächenanlagen sondern um bauliche Anlagen handle. Dieser Umstand müsste sich dann mittels einer entsprechenden Formulierung im Beschlussvorschlag wiederfinden. Auf die Frage der ökologischen Aufwertung von Grün- und Weideflächen von Herr Kammann entgegnet er, dass es sich bei der Errichtung einer PV-Freiflächenanlage durchaus auch um eine Aufwertung handle.

Herr Schilz befürwortet die Beschlussänderung bezüglich der Parkflächen. Er bittet um eine Sitzungsunterbrechung, um den Vorschlag der Grünen-Fraktion (Flächen Bahnhof Eiserfeld) zu besprechen.

Auf Vorschlag von Herrn Boller einigen sich die Gremienmitglieder darauf, dass die Verwaltung bis zur Ratssitzung einen Beschlussvorschlag erarbeiten solle. Eine Sitzungsunterbrechung ist daher nicht notwendig. Herr Boller zieht den Vorschlag, den Beschlussvorschlag anzupassen, zurück und kündigt an, einen entsprechenden Sachantrag in der Ratssitzung zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschlussbericht der Verwaltung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das weitere Vorgehen wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. AfUKE 27.04.2022

gez. Boller
Vorsitzender

gez. Meier
Schriftführerin